

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Arbeitsprogramm für 2021 angenommen	1
EU-Kommission: Pilotprojekt gegen Kinderarmut	1
EU-Kommission: Aktionsplan digitale Bildung überarbeitet	1
EU-Parlament: Entschließung zur Jugendarbeitslosigkeit	2
Rat der EU: Schlussfolgerungen von familienpolitischem Interesse	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	3
Österreich: Sonderzahlung des Kindergelds.....	3
Belgien: Schulpflicht ab dem Alter von fünf Jahren	3
Bulgarien: Unterstützungsleistung für Familien mit Kindern unter 14 Jahren	3
Frankreich: Reform des Vaterschaftsurlaubs	3
Irland: Neue Richtlinien für Kinderbetreuungseinrichtungen	4
Schweiz: Neues Gesetz zur Unterstützung pflegender Angehöriger	4
Polen: Recht auf Schwangerschaftsabbrüche eingeschränkt	4
Weitere Nachrichten	4
UNESCO Weltbildungstreffen	4
Europäisches Forum über die Rechte des Kindes	5
Internationaler Tag älterer Menschen	5
Child Rescue: App zur Suche vermisster Kinder	6
Institute for Inspiring Children's Futures: Projekte für kindgerechte Antworten auf die Pandemie	6
Social Platform: Stellungnahme zu EU-Mindesteinkommen	6
COFACE und AGE unterstützen die neue Arbeitsgruppe Solidarität zwischen den Generationen	7
Berichte und Studien	7
Eurydice: Bericht zu Bildungsgerechtigkeit in der Schule	7
UNICEF: Bericht über Forschungslücken zu Gewalt an Kindern	7
OECD: Kurzbericht zum sozialen Wohnungsbau	8
FEPS: Bericht zu Ungleichheiten im Europäischen Semester	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Arbeitsprogramm für 2021 angenommen

Die EU-Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2021 vorgestellt. Höchste Priorität hat die Arbeit an einer gesunden, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten EU im Einklang mit dem Ziel einer klimagerechten nachhaltigen Zukunft. Für die wichtigsten Zielsetzungen sind bereits konkrete Programme geplant: Für den europäischen Green Deal mit dem Ziel eines klimaneutralen Europas im Jahr 2050 ist das Gesetzpaket Fitfor55 geplant, mit dem die CO₂-Emissionen bis 2030 um 55 Prozent gesenkt werden sollen. Außerdem ist ein CO₂-Ausgleichsmechanismus geplant, der Anreize für Arbeit an den Klimaschutzziele schaffen soll. Im Bereich der Digitalisierung sind neue Regelungen zur Sicherheit, Haftung, Grundrechten und Datenaspekten der künstlichen Intelligenz geplant. Für das Ziel einer Wirtschaft im Dienst der Menschen werde es einen Aktionsplan zur Implementierung der europäischen Säule sozialer Rechte geben. Zur Stärkung der Union sollen Strategien für eine Gesundheitsunion, zur Regelung von Migration und zur Verbesserung der inneren Sicherheit entwickelt werden. Unter dem Aspekt der Demokratisierung wird die Umsetzung der Rechte von Kindern und Menschen mit Behinderungen sowie die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt angekündigt.

- [Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2021](#) 

EU-Kommission: Pilotprojekt gegen Kinderarmut

Die EU-Kommission hat ein Pilotprojekt angekündigt, mit dem in Zusammenarbeit mit UNICEF die Kinderarmut in der EU bekämpft werden soll. Das Pilotprogramm soll Maßnahmen testen, die für die EU-Kindergarantie geplant sind. Sie werden in dieser Testphase in Bulgarien, Kroatien, Deutschland, Litauen, Italien, Spanien und Griechenland eingeführt. Mit nationalen Aktionsplänen für das jeweilige Land wird versucht, Kinderarmut im Allgemeinen zu reduzieren und speziell besonders gefährdete Gruppen von Kindern zu erreichen. Dazu gehören Kinder aus der Gruppe der Sinti und Roma, Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit Behinderungen und Kinder, die in Betreuungseinrichtungen leben. Die strukturelle Benachteiligung dieser Kinder soll einbezogen werden, um langfristige Lösungen gegen Kinderarmut und soziale Exklusion zu finden. Die EU-Kindergarantie soll ein Bündel von Maßnahmen bereitstellen, die Kinderarmut bei ihren Ursachen und damit nachhaltig bekämpft.

EU-Kommission: Aktionsplan digitale Bildung überarbeitet

Die EU-Kommission hatte ihren Entwurf für den „Digital Education Action Plan 2021-2027“ von Juni bis September dieses Jahrs in einer öffentlichen Konsultation zur Diskussion gestellt. Nun ist eine aktualisierte Version dieses Aktionsplans erschienen, in dem das Feedback der BürgerInnen einbezogen wurde. Die zwei wichtigsten Prioritäten sind die Entwicklung eines leistungsfähigen digitalen Bildungssystems und die Verbesserung der digitalen Kompetenzen von LehrerInnen und PädagogInnen. Zur Entwicklung eines digitalisierten Bildungssystems ist die Erarbeitung von Erfolgsfaktoren für dieses Ziel bis zum Jahr 2022 geplant. Außerdem sollen Richtlinien für Inklusives und effektives Lernen online, in der Schule und in gemischten Formaten erarbeitet werden. Zudem ist eine Machbarkeitsstudie für eine geplante Plattform zum EU-weiten Teilen von Lernressourcen geplant. Im Bereich der Kompetenzen von Lehrenden im Umgang mit digitaler Technik sollen Richtlinien für LehrerInnen zum Umgang mit digitaler Technik und zu Möglichkeiten des Lernens online bereitgestellt werden. Außerdem soll ein European Digital Skills Certificate die Vergleichbarkeit der Kompetenzen von pädagogischem Personal ermöglichen. Zudem

sollen Richtlinien ausgearbeitet werden, die die Vermittlung digitaler Fähigkeiten schon in der Ausbildung von LehrerInnen festschreiben.

EU-Parlament: EntschlieÙung zur Jugendarbeitslosigkeit

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben eine EntschlieÙung angenommen, in der die bessere Umsetzung der EU-Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit gefordert wird. Die EU-weite Jugendarbeitslosigkeit sei durch die Coronakrise bereits deutlich angestiegen: Sie lag im August dieses Jahres durchschnittlich bei 17,6 Prozent gegenüber 14,9 Prozent im Vorjahr. Zwar habe die EU-Kommission mit dem Ausbau der Jugendgarantie bereits auf diese Krise reagiert. Sie sei jedoch nicht mit ausreichend Mitteln ausgestattet und entspreche in der Umsetzung häufig nicht den erforderlichen Qualitätsstandards. In der EntschlieÙung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der EU-Jugendgarantie in guter Qualität sicherzustellen: Im Rahmen dieses Programms sollten nur hochwertige Ausbildungsplätze, passende Arbeitsplätze und bezahlte Praktika angeboten werden. Die EU-Institutionen werden aufgefordert, das Budget zur Förderung der Jugendbeschäftigung zu erhöhen und einen verbindlichen Rechtsrahmen für Arbeitsbedingungen und Vergütung in Praktika, Volontariaten und Ausbildungen zu schaffen. Die Jugendgarantie wird bisher nur von einigen Mitgliedstaaten und auf freiwilliger Basis umgesetzt. Die Jugendgarantie solle zudem stärker an sozialpolitische Maßnahmen angegliedert werden, damit Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung und zur sozialen Sicherung integriert zusammenwirken könnten.

- [EntschlieÙung des EU-Parlaments zur Stärkung der Jugendgarantie](#)
- [Eine Brücke ins Arbeitsleben: Ausbau der Jugendgarantie](#)

Rat der EU: Schlussfolgerungen von familienpolitischem Interesse

Der Rat der EU hat verschiedene familienpolitisch relevante Schlussfolgerungen angenommen. Eine weitere Schlussfolgerung zur Teilhabe und dem Wohlergehen älterer Menschen verweist auf Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Lebensqualität älterer Menschen. Mitgliedstaaten und Kommission werden aufgerufen, digitale Möglichkeiten im Gesundheitswesen, sozialen Bereich und der Pflege so einzusetzen, dass sie die Teilhabe älterer Menschen verbessern. Mit Blick auf die Kluft zwischen den Generationen in der Nutzung digitaler Services wird jedoch betont, dass die traditionellen Dienstleistungen weiter bestehen müssten. Aktuell bereitet die Kommission ein Grünbuch Altern vor. Darin wird ein integrierter Ansatz verschiedener politischer Bereiche zur Umsetzung der Menschenrechte älterer Menschen, Förderung der Solidarität der Generationen und der Anpassung sozialpolitischer Programme an eine alternde Gesellschaft vorgeschlagen. In der Schlussfolgerung zur Mindestsicherung wird betont, dass allen in der EU lebenden Menschen eine Mindestsicherung gewährt sein müsse, die ein Leben in Würde ermögliche. Mitgliedstaaten und die Kommission wurden aufgefordert, diesen in der europäischen Säule sozialer Rechte festgeschriebenen Grundsatz bei der Ausarbeitung von Regelungen zur Mindestsicherung zu beachten. Außerdem wurde vorgeschlagen, dass die Kommission ergänzend zu Maßnahmen auf nationaler Ebene einen neuen wirksameren EU-Rahmen zur Garantie der Mindestsicherung in allen Mitgliedstaaten ausarbeiten solle.

- [Schlussfolgerung zur Stärkung der Mindestsicherung](#)  
- [Schlussfolgerung für die Teilhabe älterer Menschen in der Digitalisierung](#)  

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Österreich: Sonderzahlung des Kindergelds

Um die Belastungen für Familien durch die Coronakrise auszugleichen, hat die österreichische Regierung eine Sonderzahlung von 360 Euro pro Kind an Familien beschlossen. Im September wurde eine Schulstarthilfe von 100 Euro gezahlt. Für den Fall erneuter Schließungen von Betreuungseinrichtungen wurde auch die Sonderbetreuungszeit bis Februar 2021 verlängert. Damit können ArbeitnehmerInnen mit Kindern im Fall von Betreuungsproblemen aufgrund notwendiger Schließungen einen Sonderurlaub von bis zu drei Wochen nehmen. Im Rahmen der Sonderbetreuungszeit kann statt einer Freistellung auch die Arbeitszeit reduziert werden. Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, der Sonderbetreuungszeit zuzustimmen. Als Anreiz bekommen sie die Hälfte der Lohnkosten für die freigestellte Zeit vom Staat erstattet.

Belgien: Schulpflicht ab dem Alter von fünf Jahren

Im französischsprachigen Teil Belgiens - der Föderation Wallonien-Brüssel - wurde das Schuleintrittsalter von sechs auf fünf Jahre herabgesetzt. Das belgische Parlament hatte bereits im vergangenen Jahr einstimmig dem Gesetzentwurf zugestimmt. Die Maßnahme zielt darauf ab, Bildungsungleichheiten möglichst früh auszugleichen und damit Schulversagen frühzeitig zu verhindern. Lernschwierigkeiten könnten so früher erkannt und die Unterrichtssprachen des jeweiligen Landesteils frühzeitig erlernt werden. Im Zuge der Reform wurde zudem ein Rahmenplan für die Kita-Betreuung geschaffen. Darin sind Ziele für die kognitive, motorische und emotionale sowie die Sprachentwicklung der Kinder festgelegt. Die Änderungen gelten seit dem Beginn des laufenden Schuljahres. ErzieherInnen sollen zur Umsetzung des Programms zeitnah Fortbildungen erhalten.

Bulgarien: Unterstützungsleistung für Familien mit Kindern unter 14 Jahren

In Bulgarien wurde eine zusätzliche Unterstützungsleistung für Familien zur Bewältigung der Coronakrise eingeführt. Die Reform des Sozialhilfegesetzes sieht vor, dass im Fall eines Ausnahmezustandes oder einer Epidemie die Sozialhilfe für Familien mit Kindern unter 14 Jahren auf das Niveau des Mindestlohns angehoben werden kann. Anspruch haben Familien, in denen ein oder beide Elternteile durch eine entsprechende Ausnahmesituation ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die Leistung wird auch an Selbstständige gezahlt, die durch die Krise ökonomisch geschädigt sind. Sie kann auch als Ausgleich für Elternteile beantragt werden, die durch die Schließung von Bildungseinrichtungen weniger Stunden pro Woche arbeiten können als üblich.

Frankreich: Reform des Vaterschaftsurlaubs

In Frankreich wurde der sogenannte Vaterschaftsurlaub von 14 auf 28 Tage verdoppelt. Unverändert müssen davon drei Tage vom Arbeitgeber entlohnt werden, die übrigen Tage bezahlt die Sozialversicherung. Da der bestehende Anspruch des 14-tägigen Vaterschaftsurlaubs nur von ca. 67 Prozent der Väter in Anspruch genommen wird, sollen sieben Tage dieser Freistellung verpflichtend sein. Die Änderung erfolgt auf den Vorschlag einer Expertenkommission, die zur Überarbeitung der Elternzeit in Frankreich beauftragt worden war. Die ExpertInnen aus Pädagogik und Psychologie hatten empfohlen, den Vaterschaftsurlaub auf neun Wochen zu verlängern. Der nun beschlossene und ab Juli 2021 geltende Kompromiss kostet rund 500 Millionen Euro pro Jahr.

Irland: Neue Richtlinien für Kinderbetreuungseinrichtungen

Das irische Ministerium für Kinder, Jugend, Menschen mit Behinderungen, Gleichberechtigung und Integration hat neue Richtlinien für Kinderbetreuungseinrichtungen veröffentlicht. Sie wurden gemeinsam mit Kindern, Eltern, und PädagogInnen entwickelt und beziehen sich auf Einrichtungen für Kinder im Schulalter. Die Ausarbeitung dieser Richtlinien war im Jahr 2017 mit dem Aktionsplan für Betreuung im Schulalter beschlossen worden. Sie legen einen Fokus auf Kinderrechte, Kinderschutz, Gleichberechtigung, Diversität und Umweltschutz. Neben diesen Grundprinzipien enthalten sie konkrete Richtlinien zu den Themen Führung und Management in Einrichtungen, Personal und professionelles Handeln, Umwelt, Gesundheit, Wohlbefinden und Sicherheit, Beziehungen und unterstützendes pädagogisches Handeln, mögliche Aktivitäten und Zusammenarbeit mit Familien.

Schweiz: Neues Gesetz zur Unterstützung pflegender Angehöriger

In der Schweiz wurde ein Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen beschlossen, das in zwei Schritten in Kraft treten soll: Ab Januar 2021 wird der Anspruch auf Lohnfortzahlung bei kurzen Abwesenheiten aufgrund der Pflege, die Ausweitung der Betreuungsgutschriften bei der Rentenversicherung und der Anspruch auf einen Intensivpflegezuschlag eingeführt. Zudem wird der Anspruch auf die sogenannte Hilfenentschädigung angepasst. Diese Leistung wird für die Betreuung Angehöriger gezahlt, die jederzeit auf die Hilfe Dritter angewiesen sind. Sie wird als Tagespauschale gezahlt und soll in Zukunft nicht mehr für die Tage ausgesetzt werden, in denen die gepflegten Angehörigen stationär im Krankenhaus behandelt werden. Ab Juli 2021 tritt der Anspruch auf bis zu 14 Wochen Betreuungsurlaub eines schwer kranken Kindes in Kraft. Diese Freistellung kann innerhalb von 18 Monaten am Stück oder in einzelnen Tagen in Anspruch genommen werden.

Polen: Recht auf Schwangerschaftsabbrüche eingeschränkt

Durch ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts ist der Abbruch einer Schwangerschaft aus medizinischen Gründen nicht länger legal. Einzig bei Schwangerschaften nach Vergewaltigungen oder wenn die Gesundheit der Schwangeren in Gefahr ist, kann ein Abbruch legal erfolgen. Die kriminologischen Fälle werden jedoch streng geprüft und selten zugelassen: Im Jahr 2019 wurden von 1.100 zugelassenen Schwangerschaftsabbrüchen 1.047 aus medizinischen Gründen durchgeführt. Von 1965 bis 1993 erlaubte das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Polen Frauen neben medizinischen und kriminologischen Gründen einen Schwangerschaftsabbruch aufgrund „schwieriger Lebensbedingungen“. Mit der Einführung des Gesetzes "Familienplanung, Schutz des menschlichen Fötus und Bedingungen für erlaubte Abtreibung" verringerte sich die Zahl der registrierten Abbrüche auf jährlich ca. 1.000. KritikerInnen betonen, dass das Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen diese nicht verhindere, sondern nur in die Illegalität verschiebe, wodurch enorme gesundheitliche Risiken für die Frauen entstünden.

Weitere Nachrichten

UNESCO Weltbildungstreffen

Zum Weltbildungstreffen der UNESCO kamen VertreterInnen der UNESCO-Mitgliedstaaten, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft, von Lehrerverbänden und internationalen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit zusammen. Thema des Treffens war die Bildungskrise, die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöst wurde.

ExpertInnen wiesen darauf hin, dass die Coronakrise bestehende Bildungsungleichheiten noch verschärft habe: Die aktuelle Bildungskrise betreffe sozioökonomisch schwache Gruppen, Mädchen und Frauen, Menschen mit Behinderungen und Betroffene von Krisen und Konflikten besonders. Die TeilnehmerInnen einigten sich, bei allen Herausforderungen der Gegenwart die Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen nicht zu vernachlässigen. Konkret vereinbart wurden Maßnahmen zur Unterstützung von Lehrenden bei der Umsetzung digitaler Lernformate und zum Ausbau digitaler Lernformate. Außerdem wurde sich geeinigt, die internationalen Hilfen für Bildung zu erhöhen oder zumindest beizubehalten.

- [Education post-COVID-19: Extraordinary session of the Global Education Meeting](#) 


Europäisches Forum über die Rechte des Kindes

Das diesjährige 13. Europäische Forum über die Rechte des Kindes fand aufgrund der Covid-19-Pandemie vollständig digital statt. Thema der Konferenz war in diesem Jahr die Ausarbeitung einer Europäischen Strategie für die Rechte des Kindes. Aktuell arbeitet die EU-Kommission an der Ausarbeitung dieser Strategie 2021-2024. Bis zum 01. Dezember können in einer öffentlichen Konsultation dazu Beiträge eingereicht werden (s. [EuropaNews 09/2020](#)). An den drei Workshoptagen wurden verschiedenste Aspekte dieses Themas diskutiert: Dazu zählten z.B. die Notwendigkeit politischer Partizipation für Kinder, der Schutz vor Gewalt gegen Kinder, der Zugang zu sozialer Teilhabe durch Kinderrechte und die Lehren aus der Coronakrise. Auf der Website zur Veranstaltung sind alle Reden der Veranstaltung als Video dokumentiert. Dort findet sich auch eine Video-Galerie mit Antworten von TeilnehmerInnen zu der Frage, was die EU für Kinder tun kann.

- [Europäisches Forum über die Rechte des Kindes 2020](#) 

Internationaler Tag älterer Menschen

Der 01. Oktober wurde im Jahr 1990 von der UN zum internationalen Tag älterer Menschen bestimmt. Das Thema in diesem Jahr war in Anbetracht der Covid-19-Pandemie die Gesundheit älterer Menschen. Damit sollten Interessierte über Ziele und Strategien des gesunden Alterns informiert und Aufmerksamkeit auf die gesundheitlichen Bedürfnisse älterer Menschen gelenkt werden. Gesundes Altern wurde dabei global betrachtet und auf die Ungleichheiten der Gesundheitsversorgung Älterer in verschiedenen Weltregionen hingewiesen. Außerdem müssten Ausbildung und Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen angegangen werden, da der Bedarf nach qualitativ hochwertiger Pflege in alternden Gesellschaften zukünftig noch steigen werde. Um relevante Daten für diese wichtigen politischen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, hat die WHO ein Portal mit Daten über die Gesundheit älterer Menschen weltweit bereitgestellt. Im August dieses Jahres wurde im Rahmen der 73. Weltgesundheitsversammlung die Dekade des gesunden Alterns ausgerufen. Damit sollte die Zusammenarbeit staatlicher Institutionen, internationaler Organisationen und zivilgesellschaftlicher Akteure angeregt werden. In einem ersten Vorschlag wird angeregt, politische Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen und konkrete Aktionspläne zur Verbesserung der Lebensumstände älterer Menschen und ihrer gesellschaftlichen Teilhabe auszuarbeiten.

- [UN: International day of older persons](#) 
- [WHO: Ageing data](#) 
- [WHO: A decade of healthy ageing](#) 

Child Rescue: App zur Suche vermisster Kinder

Die Plattform Child Rescue ist ein EU-finanziertes Projekt, das zur öffentlichen Aufmerksamkeit für das Problem vermisster Kinder und zu seiner wissenschaftlichen Erforschung beitragen will. Dadurch soll auch praktisch zur schnelleren Hilfe für vermisste Kinder und ihrem Schutz vor Gewaltverbrechen beigetragen werden. Eine wichtige Erkenntnis der Forschung zu vermissten Kindern sei, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Kind aufzufinden, in den ersten Stunden nach dem Verschwinden am höchsten sei und daher schnell reagiert werden müsse. Das Projekt hat daher nun eine App veröffentlicht, mit deren Hilfe das Auffinden vermisster Kinder vereinfacht werden soll. NutzerInnen können sich über vermisste Kinder in ihrer Umgebung informieren und selbst Informationen einsenden, die sie für hilfreich zum Auffinden des Kindes halten. Über die App ist auch die Kommunikation mit lokalen beteiligten Kinders Hilfsorganisationen möglich.

- [Child Rescue](#) 

Institute for Inspiring Children's Futures: Projekte für kindgerechte Antworten auf die Pandemie

Das Institute for Inspiring Children's Futures ist eine gemeinsame Initiative der University of Strathclyde (Glasgow, Schottland) und verschiedener internationaler Organisationen, darunter der OECD, UNICEF und Terre des Hommes. Die Initiative arbeitet am Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse über die idealen Entwicklungsbedingungen von Kindern in politische Maßnahmen und Programme in der Praxis. In Reaktion auf die Covid-19-Pandemie hat die Initiative verschiedene Projekte gestartet, die dem Wohlbefinden von Kindern in dieser Ausnahmesituation dienen sollen: Ein Bericht mit Lehren aus vergangenen Pandemien, Vorschläge zum kindgerechten Wiederaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach der Coronakrise und eine App zur Beteiligung von pädagogischen Fachkräften und PolitikerInnen im Bereich Kinder und Jugend. Die App stellt NutzerInnen täglich eine Frage zu ihren Arbeitserfahrungen in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen unter den Bedingungen der Pandemie. Ihre Erfahrungen gehen in regelmäßige Berichte der Initiative ein, in denen Best Practices zum Umgang mit den Herausforderungen der Coronakrise gesammelt werden.

- [Projekte zu Covid-19 von Inspiring Children's Futures](#) 

Social Platform: Stellungnahme zu EU-Mindesteinkommen

Das europäische Netzwerk Social Platform, ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen für soziale Gerechtigkeit, hat eine Stellungnahme zu verbindlichen Mindesteinkommen in den EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht. Darin wird dargestellt, dass Europa zwar eine der ökonomisch stärksten Regionen der Welt sei, aber 21,7 Prozent der Bevölkerung jedoch von Armut betroffen ist. Gefordert wird eine verbindliche EU-Rechtsvorschrift, die das Mindesteinkommen in allen EU-Mitgliedstaaten vorgibt. Dieses solle mindestens bei 60 Prozent des Medianeinkommens im jeweiligen Staat liegen, müsse zusätzlich jedoch Faktoren wie Lebenshaltungskosten einbeziehen. Zudem müsste der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung gewährleistet werden: BürgerInnen müssten ihre Ansprüche kennen und dürften nicht durch überfordernde bürokratische Prozeduren an der Inanspruchnahme gehindert werden. Sanktionen für Fehlverhalten, die zum Anspruch auf Geldleistungen unter dem Niveau des Mindesteinkommens führen, sollten abgeschafft werden. Das Mindesteinkommen müsse als soziales Grundrecht gesetzlich verankert werden und solle auf die gesellschaftliche Teilhabe der Berechtigten abzielen.

- [Social Platform: A EU Framework Directive on Adequate Minimum Income](#)  

COFACE und AGE unterstützen die neue Arbeitsgruppe Solidarität zwischen den Generationen

COFACE Families Europe und AGE Plattform Europe unterstützen die Gründung der neuen Arbeitsgruppe Solidarität zwischen den Generationen im Europäischen Parlament. Gemeinsam mit Abgeordneten und VertreterInnen von EU-Institutionen veranstalteten beide Organisationen eine Online-Veranstaltung, in der die Arbeitsgruppe vorgestellt wurde. Betont wurde die Bedeutung der Zusammenarbeit verschiedener Generationen bei aktuellen Herausforderungen insbesondere im Bereich der Pflege und Betreuung. Aktuell habe die Covid-19-Pandemie gezeigt, wie wichtig die Solidarität mit älteren und jüngeren Menschen in der Gesellschaft sei. Ein konkretes Arbeitsprogramm soll nun ausgearbeitet werden. Es wird die Bereiche Prävention und gesundes Altern, Arbeitsbedingungen in der Pflege und Betreuung, die Situation informeller Pfleger und den Aufbau leistungsfähiger und resilienter Gesundheits- und Pflegesysteme behandeln.

Berichte und Studien

Eurydice: Bericht zu Bildungsgerechtigkeit in der Schule

Das Netzwerk Eurydice zur vergleichenden Erforschung europäischer Bildungssysteme hat einen Bericht zur Chancengleichheit in der Schulbildung veröffentlicht. Die Untersuchung von 42 Bildungssystemen in 37 europäischen Staaten zeigt, dass besonders im Bereich der Sekundarschulen große Unterschiede der Chancengleichheit zwischen den Ländern bestehen. Die Untersuchung bezieht die Leistungsunterschiede zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten SchülerInnen ein und untersucht zudem, wie stark der Bildungserfolg vom sozioökonomischen Hintergrund der SchülerInnen abhängig ist. Demnach können weniger als ein Drittel der einbezogenen Bildungssysteme als chancengerecht bezeichnet werden. Zudem wurden die Schulsysteme hinsichtlich der frühkindlichen Betreuung, der Schulformen, der Finanzierung von Bildung, dem Zugang zu verschiedenen Schulformen, der Verantwortlichkeiten für Bildungsergebnisse und weiteren Faktoren analysiert. Faktoren für eine gelingende Umsetzung von Bildungsgerechtigkeit sei ein frühes Eintreten von Kindern in das Bildungssystem und eine gute Finanzierung insbesondere der Kindergärten und Grundschulen. Die Ausdifferenzierung verschiedener Schultypen sei ein Hindernis für Chancengleichheit in der Bildung.

- [Equity in school education in Europe](#)  

UNICEF: Bericht über Forschungslücken zu Gewalt an Kindern

Das Forschungsinstitut Innocenti von UNICEF hat in Zusammenarbeit mit der Campbell Collaboration einen Forschungsbericht zu Erkenntnissen und Forschungslücken zu Gewalt an Kindern in Ländern mit mittlerem und geringem durchschnittlichen Einkommen herausgebracht. Er basiert auf der "Evidence & Gap Map" von UNICEF, einer grafischen Darstellung bekannter und unbekannter Informationen zu Gewalt an Kindern in diesen Staaten. Bekannt ist, dass über eine Milliarde Kinder weltweit Gewalt erfahren, die verschiedene Formen annimmt und durch unterschiedliche Bedingungen befördert wird. Die Bekanntgabe der Erkenntnisse und Wissenslücken soll einen Anreiz zu weiterer Forschung und ihrer Umsetzung in Präventions- und Hilfsangebote schaffen. Die Karte soll bald auch auf Arabisch, Chinesisch, Französisch, Portugiesisch und Spanisch zur Verfügung stehen, um weltweit so viele ExpertInnen wie möglich zu erreichen.

- [Interventions for reducing violence against children in low- and middle income countries](#) 

OECD: Kurzbericht zum sozialen Wohnungsbau

In einem Kurzbericht stellt die OECD die Situation um den sozialen Wohnungsbau in den OECD-Staaten dar. Durch steigende Mietpreise, stagnierende Löhne und demografische Veränderungen sei das Thema Wohnen schon seit einigen Jahren für die Sozialpolitik immer zentraler geworden. Mit der Coronakrise habe sich noch verdeutlicht, mit welchen sozialen und gesundheitlichen Risiken prekäre Wohnverhältnisse einhergehen. Zunächst werden verschiedene Formen sozialen Wohnungsbaus in den betrachteten Staaten in einem Überblick dargestellt. Sie unterscheiden sich im Anteil am Wohnungsmarkt insgesamt, in Kriterien für die Vergabe und in ihrer Finanzierung. Außerdem werden im Bericht die aktuellen Herausforderungen und mögliche politische Schritte für die Zukunft des sozialen Wohnungsbaus aufgezeigt. Insgesamt zeichne sich eine Entwicklung von der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums als sozialpolitisches Instrument zur Zahlung von Wohngeldern als individuelle Leistung ab. Entsprechend sei die Investition in sozialen Wohnungsbau und ihr Anteil am Wohnungsmarkt in den meisten Staaten zurückgegangen. Zudem bereite die Entwicklung Probleme, dass viele BewohnerInnen aus dem sozialen Wohnungsbau wegziehen, sobald sie es sich finanziell leisten können. Dies führe zu einer Isolierung sozio-ökonomisch schwächerer MieterInnen im sozialen Wohnungsbau, die häufig Stigmatisierung und weitere soziale Probleme bedeute. Für diese Herausforderung wird vorgeschlagen, die Quartiere in Zusammenarbeit mit den BewohnerInnen neu zu beleben. Außerdem könne die räumliche und soziale Mobilität mit gezielten Unterstützungsprogrammen gefördert werden. Die wichtigste Maßnahme zum sozial gerechten Wohnen seien jedoch Investitionen in bestehende Sozialbauten und der Ausbau verfügbarer bezahlbarer Wohnungen.

- [Social housing: A key part of past and future housing policy](#)  

FEPS: Bericht zu Ungleichheiten im Europäischen Semester

Die Foundation for European Progressive Studies hat in Kooperation mit Solidar, Together for Social Europe und weiteren Kooperationspartnern die Studie „Inequalities in the European Semester“ herausgebracht. Darin wird argumentiert, dass der EU trotz großer sozialpolitischer Ambitionen wie der Europäischen Säule sozialer Rechte ein einheitlicher Rahmen zur Messung und Interpretation sozialer Ungleichheiten fehle. Ein solches Toolkit zur Definition und Operationalisierung von Ungleichheiten schlägt die Studie vor: Ein umfassendes Monitoring müsse über die Messung von Armut und sozialer Exklusion hinausgehen und sozioökonomische Faktoren einbeziehen, die weite Teile auch der Mittelschicht betreffen und verunsichern. Für die Planung des Europäischen Semesters wird angemahnt, die positiven sozialen und wirtschaftlichen Effekte von Umverteilungspolitikern einzubeziehen: Gegenwärtig fokussierten die länderspezifischen Empfehlungen zu stark auf Haushaltsstabilität und Schuldenreduktion und führten daher häufig zu Maßnahmen, die langfristig soziale Ungleichheiten verstärkten.

- [Bericht zur Studie: Inequalities in the European Semester](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
3. Nov 2020 Online	(Un-)soziale Medien. Nehmen Einsamkeit und soziale Isolation im digitalen Zeitalter weiter zu?	Einstein Center for Population Diversity

4., 11. & 18. Nov 2020 Online	Helping Families through Separation and Divorce: Collaboration, not Confrontation, in Social Plurality (Annual ICCFR Seminar)	AGF, ICCFR
18.-20. Nov 2020 Online	Putting children at the heart of Europe's recovery	Eurochild
24. Nov 2020 Online	Overcoming COVID-19 - Working together to develop prospects for strong families	BMFSFJ
25.-27. Nov 2020 Mannheim, Deutschland	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim
01. Dez 2020 Online	smart, aber fair – wie Digitalisierung alle mitnehmen kann	VENRO, AGF und weitere Kooperationspartner
01. Dez 2020 Online	Arm dran ist nicht gleich arm. Was bedeutet soziale Ungleichheit im Kontext einer Krise?	Einstein Center for Population Diversity

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

